

Landtagswahl 2017 – Hintergrund Themenbereich Verkehr

Mehr Mobilität bei weniger Verkehr

Niedersachsen ist als Flächenland besonders betroffen von den aktuellen Verkehrs- großprojekten. Der stetig wachsende internationale Güterverkehr soll primär über einen natur- und umweltschädlichen Naubau von Autobahnen wie A20, A26 und A39 bewältigt werden. Die Ertüchtigung und der Ausbau von leistungsfähigeren Schienenstrecken werden eher schleppend vorangetrieben. Hier, wie auch bei der Verbesserung der Binnenschifffahrt wird darüberhinaus fast ausschließlich auf alte Konzepte zurückgegriffen, statt den Anforderungen, die sich aus dem Klimawandel, der Sicherung wertvoller Lebensräume und Entwicklung innovativer Verkehrstechnologien ergeben. Die Wende in der Verkehrspolitik muss in der nächsten Legislatur konkret gestaltet werden.

1. Lebenswerte Städte!

- Konsequente Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf umweltfreundliche Antriebe
- Grünverbindungen und Radwegenetze als alternative grüne Verkehrsnetze fördern

Lebensqualität in der Stadt hat viel mit sauberer Luft und lärmarmen (Wohn-) Umgebung zu tun. Die öffentlichen Leistungen und Betriebe haben hier Vorbildfunktion. Hierzu sind die folgenden Schritte notwendig:

- Umstellung aller Busse im städtischen und Überlandverkehr auf umweltfreundliche Energien: Elektro, Wasserstoff, Gas bis 2020 (siehe Enkündigung in Hamburg).
- Vorbildhafte kontinuierliche Umstellung des Fuhrparks der öffentlichen Einrichtungen auf Hybrid-, Elektro- und Gasantriebe bis 2020 Forderung und Förderung der Umstellung bei privaten Betrieben (Taxi, Bus).
- Ausweisen von Umweltzonen, die nur mit Fahrzeugen o. g. Antriebstechnik befahren werden dürfen.

Das Bundesministerium für Umwelt und Bauen (BMUB) hat im Rahmen der Städtebauförderung bereits für 2017 eine Summe von 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt zur Verbesserung der „Grünen Infrastruktur“ in den Städten. Das Land muss neben den Kommunen eine Ko-Finanzierung bereitstellen. In den folgenden Haushalten des Landes müssen jährlich rd. 8 Mio. Euro bereitgestellt werden, um diese Förderung in den niedersächsischen Städten wirksam werden zu lassen.

2. Nachhaltiges Hafenkonzert statt Flussvertiefung!

- Norddeutsches Hafenkonzert erstellen
- Weitere Zerstörung der Flüsse stoppen

2001 erklärten die Bürgermeister der Hansestädte Hamburg und Bremen sowie der Ministerpräsident Niedersachsens die Einigkeit zum Bau eines gemeinsamen Tiefwasserhafens. Schon 2002 stieg Hamburg nach politischem Wechsel im Senat wieder aus dieser Vereinbarung aus und trieb Planungen zur erneuten Vertiefung der Elbe voran. Schon die aktuelle Landesregierung wollte sich für ein Norddeutsches Hafenkonzert einsetzen. Passiert ist nichts.

Der BUND erwartet von der neuen Landesregierung:

- Hamburg zur Rückkehr zu einem gemeinsamen Norddeutschen Hafenkonzert zu bewegen
- Hamburg aufzufordern, ein wissenschaftlichen Kriterien standhaltendes Schlickmanagement-Konzert vorzulegen, bevor Arbeiten zur weiteren Elbvertiefung begonnen werden
- Die beiden Städte Cuxhaven und Ottendorf politisch bei ihrem Widerstand gegen die Elbvertiefung zu unterstützen (Küstenschutz, Deichsicherheit, Verschlickung der Häfen)

3. Binnenwasserstraßen naturverträglich modernisieren!

Niedersachsen benötigt ein Konzept zur Sanierung der Binnenwasserstraßen, das sicherstellt, dass Eingriffe in natürliche Flüsse und Flussauen vermieden werden (bis 2020). Auf einen weiteren Ausbau der Elbe oberhalb von Geesthacht ist komplett zu verzichten. Für die Binnenschifffahrt sind die Kanäle mit ihren Brücken, Schleusen, Begegnungstrecken, Hafentechnik etc. langfristig zu ertüchtigen und Verbindungen mit dem Schienennetz zu verbessern.

Der BUND erwartet, dass sich die neue Landesregierung bei der neuen Bundesregierung dafür einsetzt, dass

- die Elbe nicht weiter ausgebaut wird,
- das Schiffshebewerk Scharnebeck zügig modernisiert wird,
- ein Konzept zur Ertüchtigung vorhandener Kanäle zur Stärkung der Binnenschifffahrt aufgestellt wird.

4. Güterverkehr auf Schiene und Schiff verlagern

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf umweltfreundlichere Verkehrsträger geht u. a. einher mit den Maßnahmen in den Ziffern 2. und 3. Die weitere Attraktivitätssteigerung der Autobahnen durch Ausbau steht einem solchen Ziel entgegen. Deshalb fordert der BUND z.B. einen Verzicht auf den Bau der A 20 und des Elbtunnels bei Glückstadt/Drochtersen als großräumige Transitstrecke zwischen Ostsee und Benelux.

Dagegen benötigt die Bahn Unterstützung bei der Ertüchtigung und dem partiellen Ausbau ihres Streckennetzes. Dabei sind nicht nur die Nord-Süd-Verbindungen Hamburg-Hannover-Göttingen und Hamburg-Bremen-Osnabrück zu betrachten, sondern insbesondere die Verbindungen der Häfen mit den Hauptstrecken:

- Wilhelmshaven-Oldenburg-Bremen-Hannover
- Emden-Lingen-Ruhrgebiet
- Cuxhaven-Bremerhaven-Bremen-Hannover
- Cuxhaven-Stade-Hamburg